



# Offensive für einen stärkeren Finanzplatz

*Die FDP zeigt Alternativen zur reinen Verteidigungsstrategie*

Die Finanzindustrie trägt wesentlich zum Wohlstand des Landes bei. Die FDP nimmt die Krise zum Anlass für eine Offensivstrategie: Am Samstag hat sie über die Stärkung des Finanzsektors auf Grundlage eines neuen Verständnisses von Transparenz und Kontrolle diskutiert.

se. Bern, 27. Juni

Auch wenn Bundesratswahlen mehr Zündstoff für Schlagzeilen liefern, so stand an den Delegiertenversammlungen von FDP und SP vom Samstag doch auch ein Thema auf den Traktandenlisten, das für das Landesinteresse wesentlich existenzieller ist: der angeschlagene Finanzplatz. Während die SP in Winterthur in einem Positionspapier verlangte, die Finanzmärkte seien zu «zügeln» (vgl. Bericht auf dieser Seite), stellte eine freisinnig-liberale Arbeitsgruppe unter der Leitung des Zuger Ständerats Rolf Schweizer in Bern umgekehrt Massnahmen für eine Stärkung des Finanzplatzes Schweiz vor. Auch wenn es derzeit verständlicher Weise in Mode sei, moralisierend auf den Finanzplatz «einzuprügeln», so sollte doch nicht vergessen gehen, wie wichtig eine funktionierende Finanzindustrie für das Landesinteresse sei, mahnte Schweizer. Die Bruttowertschöpfung des Finanzplatzes, rechnete er nüchtern vor, mache mit 61 Milliarden Franken rund 12 Prozent des BIP aus – es sei somit keineswegs nur im Interesse der Banken, dem Finanzplatz Sorge zu tragen.

## Ersatz für Verrechnungssteuer

Konkret präsentierte die Arbeitsgruppe Schweizer den Delegierten zehn Massnahmen. Unter anderem wird die Einführung eines Swiss Label «AG plus» für die Finanzbranche vorgeschlagen, welches als kontrolliertes Markenzeichen für überdurchschnittliche Ansprüche an die Corporate Governance stehen soll. Die Banken könnten sich solcherart etwa zu Auflagen hinsichtlich der Transparenz oder der Ausgestaltung ihrer Entschädigungssysteme verpflichten, was staatlich (durch die Finma) kontrolliert würde. Andere Vorschläge der FDP zur Stärkung des Finanzplatzes sind etwa die Schaffung zusätzlicher inländischer Kreditmodelle (etwa für ökologische Gebäudesanierungen) oder die etappenweise Abschaffung der benachteiligenden Stempelsteuer.

Das Filetstück im Massnahmenkatalog ist aber sicherlich die Forderung nach einem Ersatz der Verrechnungssteuer durch eine vereinfachende Abgeltungssteuer. Es gehe hier nicht, wie oft missinterpretiert werde, um eine Senkung der Staats-

einnahmen, sagte Schweizer, die Massnahme sei einkommensneutral ausgestaltet. Vielmehr gehe es darum, gleichzeitig die Schweiz als attraktiven Vermögensverwaltungs-Platz zu stärken wie auch hinsichtlich der Informationsaustausch-Diskussion mit anderen Ländern einen vernünftigen Vorschlag zu unterbreiten. Obendrein würde eine solche Zahlstellensteuer gemäss FDP die Veranlagung auch im Inland deutlich vereinfachen, ohne die Privatsphäre der Bankkunden zu verletzen.

## Detailentscheid vertagt

Vereinfacht ausgedrückt, geht es der FDP um eine Quellensteuer, welche von der Bank einbehalten und direkt dem in- oder ausländischen Fiskus überwiesen würde – für den Bürger wäre die Sache also erledigt, sofern er nicht eine individuelle Besteuerung verlangt. Anders als bei der heutigen Verrechnungssteuer wäre keine Deklaration mehr erforderlich. Die FDP-Arbeitsgruppe stellte den Delegierten am Samstag zwei mögliche Modelle für eine solche Abgeltungssteuer zur Wahl: eine Quellensteuer von 0,6 bis 0,8 Prozent auf dem Vermögenswert (Sollertragssteuer) oder aber eine von 15 bis 25 Prozent auf den Erträgen aller Depotvermögen mit Abgeltungscharakter. – Mit solch steuertechnischen Feinessen indes überforderte die Parteileitung ihre Basis ganz offensichtlich – zumal sie selber auch keine Prioritäten festlegte. Auf Antrag aus den Reihen der Delegierten vertagte die FDP deshalb den Modellentscheid und belies es beim Grundsatzbeschluss, die Verrechnungssteuer durch eine auf dem Zahlstellensystem beruhende Quellensteuer zu ersetzen – dies für inländische Steuerpflichtige wie auch für Depotinhaber im Ausland. Aus der Podiumsdiskussion wurde ersichtlich, dass innerhalb der Arbeitsgruppe keine Einigkeit darüber besteht, welchem der beiden Modelle der Vorzug zu geben sei. Es ist indes davon auszugehen, dass zum Schluss das Modell mit der Sollertragssteuer den Vorzug erhalten wird, da dieses gerade im Hinblick auf politische Ansprüche aus dem Ausland der Steuerhinterziehung beim Vermögen klar den Riegel schiebt.

Es spricht für die FDP, dass sie sich trotz populistischem Gegenwind ernsthafte Gedanken über die Zukunft des Finanzplatzes macht. «Das Ziel ist eine Stärkung des Finanzsektors auf Grundlage eines neuen Verständnisses von Transparenz», erklärte Schweizer im Vorfeld der Delegiertenversammlung. Letztlich wird der Schweizer Finanzplatz in Zukunft den Nachweis erbringen müssen, dass er auch ohne den Vorteil des Bankgeheimnisses stark ist.



### ***Deutliches Ja zur IV-Finanzierung***

se. Die Delegierten der «FDP. Die Liberalen» haben am Samstag mit 276 gegen 18 Stimmen deutlich die Ja-Parole zur IV-Zusatzfinanzierung beschlossen, die am 27. September zur Abstimmung kommt. Als Gastredner wettete SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi gegen diese «Scheinlösung für Scheininvalide». Die zeitlich befristete Steuererhöhung sei für ihn nicht mehr als eine «Lachnummer», so Bortoluzzi, würden doch Steuererhöhungen erfahrungsgemäss nie mehr rückgängig gemacht. Bortoluzzi sei bei aller Sympathie ein «Sozial-Barbar», konterte Bundesrat Pascal Couchepin und warnte davor, dass die IV bei einem Nein bald so viel «Platz im Bett» beanspruche, dass für die AHV kein Platz mehr bleibe. Aus den Reihen der Delegierten wurden zudem Befürchtung laut, dass bei einer Ablehnung der Druck der Linken steigen könnte, die IV über eine Erhöhung der Lohnnebenkosten zu sanieren. Die wenigen Nein-Stimmen kamen vorab aus den Reihen der Zürcher FDP.

Unbestritten war das Nein zur Minarett-Initiative, die am Samstag von SVP-Nationalrat Lukas Reimann vertreten wurde. Die FDP könne sich mit einer Ja-Parole die SVP-Stimmen für die Bundesratsersatzwahl sichern, so köderte Reimann vergeblich. Die Delegierten beschlossen mit 266 gegen 4 Stimmen die Nein-Parole.

Schliesslich wurde am Samstag der Zürcher Nationalrat Markus Hutter als Vizepräsident für die Nachfolge von Ruedi Noser in die Parteileitung gewählt. Hutter war einziger Kandidat.